

## **Beschluss vom Kreisparteitag am 17.06.2023**

### **Berlin in Gelsenkirchen – Fatalen Auswirkungen der „Ampelpolitik“ vor Ort entgegenzutreten!**

Bei der Bundestagswahl 2021 erhielt eine Koalition aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP eine Mehrheit im Bundestag. Die anschließenden Koalitionsverhandlungen setzten nicht nur klimapolitische Schwerpunkte: Auch im Bereich der Wirtschaftspolitik, der Digitalisierung und der Sozialpolitik wurden weitreichende gesellschaftliche Änderungen angestrebt und in einen Koalitionsvertrag gegossen.

Nach nunmehr fast zwei Jahren Ampelpolitik kommen die ersten Auswirkungen der geplanten, gesellschaftsveränderten Projekte auch in Gelsenkirchen an. Diese politische Weichenstellung hat auch Auswirkungen auf die politische, wirtschaftliche und soziale Lage vor Ort. Dabei ist klar: Die Berliner Politik hat ganz offensichtlich kein Auge für die Bedürfnisse und Probleme der Gelsenkircenerinnen und Gelsenkircener, für das Ruhrgebiet und insbesondere für Gelsenkirchen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Menschen unsere Stadt und die berechtigten Anliegen und Nöte unserer Kommune zukünftig wieder Gehör finden und wir durch fatale Entscheidungen der Ampelregierung nicht weiter abgehängt werden.

Als Oppositionspartei im Bundestag steht die CDU Deutschlands daher vor einer besonderen Herausforderung und ist auf eine gute politische Arbeit und Expertise vor Ort angewiesen. Daher ist die kritische Auseinandersetzung mit der Gesetzesentwicklung auch Aufgabe der CDU Gelsenkirchen. Der Kreisparteitag stellt daher fest:

#### **1. Kindergrundsicherung – Gelsenkirchen und Kinderarmut**

Gelsenkirchen gehört zu den Städten mit der höchsten Kinderarmutsquote. Diese zu bekämpfen ist eine der vordringlichsten Aufgaben der Politik in Berlin und mit Unterstützung aus Berlin auch in Gelsenkirchen. Um dies zu tun, hat die Bundesregierung beschlossen das Kindergeld im Jahr 2025 durch die Kindergrundsicherung zu ersetzen. Diese soll vor allem einkommensschwachen Familien zugutekommen und bisherige Sozialleistungen für Familien, wie den Kinderzuschlag, bündeln. Hierzu wird ein Betrag von etwa zwölf Milliarden Euro benötigt. Zur teilweisen Finanzierung des Vorhabens soll beispielsweise der Kinderfreibetrag der Einkommensteuer abgeschafft werden.

Dabei steht fest: Der Nutzen einer solchen Kindergrundsicherung ist für sämtliche Gelsenkircener Haushalte ausschließlich finanzieller Natur. Diese Unterstützung lässt jegliche Form von Nachhaltigkeit vermissen und sieht sozialpolitische Probleme mit rein fiskalischer Brille, ohne die besonderen Herausforderungen und Problemlagen der Kinder anzuerkennen. Die Frage wie sichergestellt werden soll, dass das Geld für die Kinder verwendet wird, lässt die Bundesregierung in Gänze offen. Die CDU fordert: Finanzmittel in dieser Höhe müssen in Bildungseinrichtungen fließen, um Chancengleichheit für Kinder aus sozialschwächeren Familien zu ermöglichen. Weitere finanzielle Mittel, die wie vergangene Maßnahmen zweifelsfrei gezeigt haben, nur zu einem geringen Anteil wirklich bei den Kindern ankommen, lösen kein Problem.

Darüber hinaus ist die Finanzierung der Kindergrundsicherung überaus fraglich. Finanzieller Mehraufwand bei den Sozialleistungen für die Kommunen, wie beispielsweise bei den Kosten der Unterkunft, darf keinesfalls entstehen, um finanzschwache Kommunen wie Gelsenkirchen nicht weiter zu belasten. Wir setzen uns daher für Maßnahmen ein, die die Strukturen vor Ort fördern, um der Kinderarmut entgegenzutreten.

#### **2. Heizen in Zeiten des Klimaschutzes**

In Zeiten des Klimaschutzes wird kaum eine Frage so kontrovers diskutiert wie die Nutzung von Heizungen, die mit fossilen Brennstoffen betrieben werden. Ein erster Vorstoß der Ampelregierung sah vor, dass funktionierende Heizungen durch Wärmepumpen ersetzt werden müssen. Nachdem dieser Entwurf zu Recht auf massive Kritik stieß, ist derzeit geplant, eine Verpflichtung zum Einbau von Wärmepumpen bei Neubauten festzulegen. Auch sollen diese eingebaut werden, wenn die aktuelle Heizung nicht mehr funktioniert und repariert werden müsste.

Die Ampelregierung erkennt die sozialen Auswirkungen dieser Maßnahmen vollständig: Der Zwangseinbau neuer Heizungen führt zu nicht tragbaren Belastungen auf unterschiedliche Art und Weise: Gerade ältere Menschen mit Wohneigentum, die ihre Wohnung oder ihr kleines Häuschen als Teil ihrer Altersvorsorge lange erspart haben, werden aus fragwürdigen Motiven und mit einer fragwürdigen Umweltbilanz in die Notwendigkeit versetzt, neue Belastungen aufzunehmen. Es zeigt auch: Diese Regierung achtet das Eigentum und die Eigenverantwortung der Menschen nicht – sie setzt auf Bevormundung und Zwang als Mittel der gesellschaftlichen Umwälzung.

Gleichsam trifft die Maßnahme aber auch jeden Mieter: Wohnen wird mit den Maßnahmen massiv teurer und trifft damit vor allem die arbeitende Mittelschicht und kleinere Einkommen, die schon heute einen erheblichen Anteil ihrer Einkünfte für Wohnen aufwenden müssen.

Wir als CDU stehen dem diametral entgegen: Die individuelle Auswahl der passenden Technologie obliegt dem Eigentümer – die Bundesregierung hat die Aufgabe, die Rahmenbedingungen für ein klimaneutrales Deutschland zu schaffen, indem sich die Eigenverantwortung und die Entscheidung des Einzelnen – hier: Eigentümers oder Vermieters – an den Gegebenheiten des Marktes orientiert. Während andere Länder daher auf niedrige Energie- und insbesondere Stromkosten setzen, weigert sich die Bundesregierung, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. Stattdessen wird im Land mit den höchsten Stromkosten der Welt der Wechsel auf Stromheizungen forciert – und somit Wohlstand vernichtet. Wie eine regierungsbeteiligte Partei, die im Namen das Soziale trägt, solche vollständig sozial unverträglichen Maßnahmen mittragen kann, ist für uns unverständlich.

### **3. Wirtschaft & Arbeit**

Bei keinem Thema ist sich die aktuelle Regierung so uneinig wie beim Thema Wirtschaft. Während Wirtschaftsvertreter Alarm schlagen und darauf hinweisen, dass gerade der Mittelstand an bürokratischen Prozessen zu ersticken droht und der Fachkräftemangel an vielen Stellen immer deutlicher spürbar wird, wird in Berlin nur noch darauf geachtet, die Wirtschaft und die Industrie klimaneutral auszurichten. Dabei geraten immer mehr Betriebe und Unternehmen an ihre Belastungsgrenzen. Initiativen, wie der Gelsenkirchener Klimahafen, werden von der Bundesregierung nur bei Fototerminen gerne unterstützt, in der Realität aber im Dschungel der Gesetzesvorlagen vollständig ignoriert.

Diese schwierigen Bedingungen spiegeln sich daher auch in der wirtschaftlichen Lage hier vor Ort wider. Gelsenkirchen hat als Stärkungspaktkommune kaum Geld für Investitionen oder für die Schaffung attraktiver Rahmenbedingungen für Unternehmen. Die verbliebenen Fachkräfte wandern daher in umliegende Regionen oder in umliegende Städte ab.

Dabei fehlen Gelsenkirchen vor Ort die finanziellen Ressourcen, um selbst gegenzusteuern: Auf kommunaler Ebene wurden hierbei in den letzten Jahren zwar klare Fortschritte erzielt, die entsprechenden Impulse für Revitalisierung alter Industriebrachen, Ausbauinitiativen für Infrastruktur insbesondere für Strom und Wasserstoff oder Unterstützung und Erneuerung der Innenstädte lassen sich rein aus kommunaler Sicht ohne Unterstützung nicht stemmen. Umso fataler ist, dass die Bundesregierung um Bundeskanzler Olaf Scholz das Versprechen an die

89 kommunale Familie bricht, eine Lösung für die drückenden Altschulden zu finden, die in Zeiten  
90 steigender Zinsen immer stärkere Auswirkungen erhalten. Wir werden uns weiterhin dafür stark  
91 machen, strukturschwächere Regionen und im Besonderen das Ruhrgebiet stärker in den Fokus der  
92 politischen Arbeit zu rücken und regionale Belange bei der Gesetzgebung mitzudenken und  
93 zukunftsfest aufzustellen.